

antifaschistischer Newsflyer für Leipzig und Umgebung

.....

Liebe lesende AntifaschistInnen, wir freuen uns, dass GAMMA dank eures Interesses in den 15. Jahrgang starten kann. Statt darüber selbstgerecht zu philosophieren, unterstreichen die jüngsten Ereignisse die Frage nach dem Sinn eines kontinuierlichen und konsequenten Engagements gegen rechte Ideologien und deren Vertreter. Es ist unverzeihlich und es darf sich um jeden Preis nicht wiederholen, dass aus faschistischen Strukturen zum Mord bereite Neonazis erwachsen. Wir trauern um ihre Opfer. Über Neonazis berichten wir weiter. Von ihren Strukturen soll ihnen nichts bleiben. – *Die Redaktion*

.....

■ Nazi-Verteidiger: Arndt Hohnstädter



Die Leipziger Anwaltskanzlei um Arndt Hohnstädter (siehe Foto) erarbeitet sich ein bundesweites Ansehen in der rechten Szene: Im September vertrat Hohnstädter den Hooligan und „Kategorie C“-Sänger Hannes Ostendorf in Bremen. Anlass des Prozesses war der Nazi-Überfall auf die

Party einer linken Ultragruppe von Werder Bremen im Januar 2007. Hohnstädters Kollege Mario Thomas vertrat im August Stanley Nähse, der ein Jahr zuvor einen Brandsatz auf ein alternatives Wohnprojekt in Dresden-Pieschen geworfen hatte. Zwischenzeitlich hat sich der Geithainer NPD-Stadtrat, „Freies Netz“-Kader und Jurastudent Manuel Tripp um ein Praktikum bei der Leipziger Kanzlei bemüht.

■ Nazi-Mörder: Benjamin Orlewicz



Am 22. Dezember wurde Benjamin Orlewicz (23) wegen Mordes an seiner Freundin vom Leipziger Landgericht zu lebenslanger Haft verurteilt. Der Täter ist kein Unbekannter: Am 1. Mai 2006 trug er neben Christian Trosse und dem heutigen JN-Landesvorsitzenden Tommy Naumann das Fronttransparent des Worch-Aufmarsches in Leipzig.

■ Nazi-Funktionär: Paul Rzehaczek



Der Eilenburger Paul Rzehaczek ist seit Ende 2011 neuer „Landesorganisationsleiter“ der sächsischen „Jungen Nationaldemokraten“ (JN) und damit buchstäblich die „rechte Hand“ des JN-Landesvorsitzenden Tommy Naumann. Bereits im Juni wurde Rzehaczek zum „Stützpunktleiter“ der JN Nordsachsen befördert. Er ist zudem im Vorstand des dortigen NPD-Kreisverbandes und mit Kreischef Maik Scheffler beim „Aktionsbüro Nordsachsen“ (alias „Freies Netz“) engagiert.



Der NPD-Landtagsabgeordnete Winfried Petzold (l.) starb kurz vor Weihnachten an Krebs. Sein Fraktionskollege Uwe Leichsenring überlebte im Jahr 2006 einen Verkehrsunfall nicht.

Willkommen und Abschied: Neue Nazitreffs in Leipzig

Durch eine Spaltung und einen Todesfall scheiterte der Versuch, das NPD-Büro im Leipziger Westen zum „Nationalen Jugendzentrum“ aufzublasen. Aber rechts der City, im Leipziger Osten, hat sich die Naziszene schon neue Domizile verschafft: Kameraden trinken in der Kneipe „Käfer“, gehen shoppen im neuen Thor-Steinar-Laden „Fighting Catwalk“ oder steigen ab in einer Nazi-Wohngemeinschaft. – *Ein GAMMA-Überblick zu neuen und alten Treffpunkten an Theken und Tresen.*

Scheitern im Westen

Der Tod des NPD-Landtagsabgeordneten Winfried Petzold kurz vor Weihnachten war eine böse Überraschung für Leipzigs Naziszene: Am Mandat des Mutzscheners hing eine monatliche Kostenpauschale, die bislang zumindest anteilig in die Odermannstraße 8 („O8“) im Stadtteil Lindenau geflossen ist. Dort unterhielt Petzold seit November 2008 ein Abgeordnetenbüro, bekannt als „Nationales Zentrum“.

In der „O8“ gab es etliche rechte Veranstaltungen, doch schon im vergangenen Herbst war die Eintracht zerbrochen: Der „Kulturverein Leipzig-West“ als Hauptmieter zog aus, nachdem der Mietvertrag mit dem Strohmann Steven Hahn (Grimma) – ihm hatte Petzold die Immobilie 2004 überschrieben – nicht erneuert wurde.

Einige „Freie Kräfte“ verließen dann Ende September die „O8“, denn im Hintergrund gab es Ärger: Zum einen, und sicher ausschlaggebend, wegen Mietzahlungen in Höhe von monatlich 800 Euro, die durch die NPD von den eigenen Kameraden eingefordert wurden. Zum anderen wegen des elitären Gebarens der „Jungen Nationaldemokraten“ (JN) und deren Chef Tommy Naumann, der „Autonome Nati-

onalisten“ zur „subkulturellen Entartung“ erklärte. Auch bisherige Protagonisten des Projekts „Nationales Zentrum“, etwa Enrico Böhm („Blue Caps LE“) und Nils Larisch (Mitarbeiter der NPD-Landtagsfraktion), wurden geschasst. Beide hatte Naumann im internen Forum des „Freien Netzes“ unter dem Usernamen „Feldgrau“ als Teil eines „menschlichen Müllhaufens“ und Schlimmeres bezeichnet. GAMMA hatte Auszüge des Forums Anfang November veröffentlicht (siehe Seite 4).

Kneipe „Käfer“ und Konsorten

Für die Odermannstraße 8 standen da die Zeichen schon auf Untergang, Petzolds Timing tat das Übrige. Schon vorher war die starke Fixierung der rechten Szene auf den Leipziger Westen und insbesondere den Stadtteil Lindenau aufgeweicht – die Kneipe „Käfer“ (Wurzner Straße 99) in Volkmarsdorf/Sellerhausen beispielsweise ist als Treffpunkt seit Jahren relevant und erfreut sich wieder wachsender Beliebtheit. Schon Daniel Kappe und Marcus Eckhardt – beide ermordeten in der Nacht zum 24. Oktober 2010 vor dem Hauptbahnhof Kamal K. – waren kurz vor ihrer Tat im „Käfer“ trinken. Laut Gericht wird diese Kneipe „überwiegend von rechtem Szenepublikum“ aufgesucht.

Neben dem „Käfer“ gibt es eine Reihe weiterer Kneipen im ganzen Stadtgebiet, in denen sich Nazis häufen. Altbekannt ist der „Optiker“ an der Westseite des Hauptbahnhofs (Kurt-Schumacher-Straße 43). Das Etablissement liegt gegenüber der ehemaligen, kurzlebigen Nazikneipe „Lady Liberty“, die im März 2005 eröffnet hatte. Hinter dem Tresen des „Lady Liberty“ stand Cornelia „Conny“ Reller. Besitzer und Verpächter Nöske war derselbe wie beim „Optiker“. →



„Käfer“ in der Wurznern Straße.



„Fighting Catwalk“ im Täubchenweg.



Reudnitzer Lange Straße 15.

Naziladen „Fighting Catwalk“

Neuer – und alter – lokaler Schwerpunkt der örtlichen Naziszene ist jedoch der Leipziger Osten: Im Täubchenweg 43b eröffnete der Stötteritzer Lok-Hooligan Christian Pohle am 3. Dezember das Bekleidungsgeschäft „Fighting Catwalk“. Das Sortiment ist einschlägig: Neben der vom Zwickauer Neonazi Ralf Marschner gegründeten Marke „Brachial“ gibt es eine breite Palette an „Thor Steinar“-Textilien mit altem und neuem Logo.

Auch im schon vorher bestehenden, gleichnamigen Onlineshop kann sich die „Fighting Catwalk“-Kundschaft bedienen. Oder direkt bei Pohles E-Bay-Angeboten. Neben dem „Fighting Catwalk“-Sortiment gibt es dort auch T-Shirts mit „Fighting Fellas“-Aufdruck. Womöglich handelt es sich um restliche Lagerbestände von Thomas Persdorfs „Front Records“ (Wurzen), der die „Fighting Fellas“ in der Vergangenheit unterstützt hat. Pohles Geschäftsadresse verweist indes auf die Puschkinstraße 22 in Eilenburg, wo der 27-Jährige, der ansonsten für die „Black Rainbow“-Security arbeitet, schon länger am Laden „Crash Style Store“ mitverdiert. Das dortige Sortiment entspricht dem in Leipzig. Das hiesige Geschäft ist untergebracht in einem fünfgeschossigen Wohnhaus, das der Berliner Immobiliengesellschaft SIAG gehört. Die Hausverwaltung übernimmt eine Firma namens „Maiores Domus“, die ihr Büro direkt neben dem „Fighting Catwalk“ eingerichtet hat. Die Art des Geschäfts und der Geschmack der Laufkundschaft nebenan wird den Vermietern kaum entgangen sein.

Immerhin gibt sich „Fighting Catwalk“ zurückhaltend und wirbt entgegen dem „Thor Steinar“-Laden „Tönsberg“ (Am Brühl), der Mitte 2009 nach einem Rechtsstreit und etlichen Protestaktionen ausziehen musste, nicht öffentlich mit der Marke. Nicht einmal auf dem Flyer zur Laden-Eröffnung war sie vermerkt.

Auch die Verbindung zu den berüchtigten „Fighting Fellas“, zu denen Pohle gehört, ist nicht offensichtlich. Ohnehin gibt sich die Truppe zurückhaltend, nachdem sie ihre Wirkungsstätte von Wurzen nach Leipzig verlagert hat. Seitdem hat die Gruppierung, die seit Mitte der 2000er von Matthias Eichler angeführt wurde, auch keine offizielle Website mehr. Heute trainiert Eichler im „BoxGym“ in der Eisenbahnstraße 121 und rühmt sich des hohen Migrantenanteils. Die Website des „BoxGym“ bewirbt allerdings weiterhin die „Fighting Fellas“ – die nun „seriöse“ Promotion für Kampfsport-Veranstaltungen offeriert.

Allerdings waren „seriöse“ Mitglieder der „Fighting Fellas“ noch im Oktober 2009 an dem Überfall auf Fans und Spieler des „Roten Stern Leipzig“ in Brandis

beteiligt. Im Mai 2010 trat Pohle bei einer Box-Veranstaltung in Weißenfels für die „Fellas“ an, das Video vom Kampf hat er selbst online gestellt und mit Werbung für seinen Online-Shop versehen. Unübersehbar im Hintergrund: ein großes Sponsoring-Banner der „seriösen“ Bekleidungs-Marke „Erik and Sons“. Mit dem Labelchef und ehemaligen Thor-Steinar-Mitarbeiter Udo Siegmund, einem Neonazi aus Brandenburg, ist Pohle befreundet.

Hinzu kommen lokale Connections: Als „Security“ diente Pohle zum Zeitpunkt der Ladeneröffnung ein Mitarbeiter eines nahe gelegenen Tattoo-Studios. Und zur Eröffnungsparty wurde in den „SKY-Club“ in der Riesaer Straße eingeladen, vergünstigter Eintritt inklusive. Offenbar gehören mehrere der dort regelmäßig auflegenden DJs zu Pohles Freundeskreis. Der ist ohnehin eine illustre Sache: Als Spieler von „Einheit Leipzig Ost“ (ELO) kennt Pohle etliche Nazis mit Fußball-Faible wie Benjamin Brinsa („Aryan Brotherhood Leipzig“) und Christopher „Joker“ Henze („Scenario Lok“). Unpolitisch sieht anders aus.

Nazi-WG Lange Straße

Keinen Kilometer Luftlinie vom „Fighting Catwalk“ entfernt liegt die Reudnitzer Lange Straße. In der Hausnummer 15 gibt es seit Anfang November im Erdgeschoss und dem dritten Obergeschoss einen Treffpunkt von Neonazis. Die wiesen anfänglich mit einer schwarz-weiß-roten Fahne (Aufschrift: „*My blood is my honour, my race is my pride*“) am Fenster auf ihr neues Quartier hin. Die braunen Mieter machten zugleich durch mehrere Sachbeschädigungen, Diebstähle und Ruhestörungen auf sich aufmerksam.

Bei einer Feier am Abend des 9. Dezember erschienen bis zu 30 Personen, die durch „Sieg Heil“-Rufe auffielen und auf der Straße, u.a. vor dem Eingang der benachbarten antisexistischen Beratungsstelle „RosaLinde“, Hitlergrüße zeigten. Seitdem sind wiederholt größere Gruppen von Nazis im Haus aufgetaucht. Zuletzt gab es Silvester eine Feier mit etwa 30 Kameraden, von denen erneut Gewaltdrohungen und Sachbeschädigungen ausgegangen sind.

Zwischenzeitlich wurden die Wohnungen entrümpelt und hergerichtet. Malerarbeiten erledigte offenbar Sören Schöbel – bekannt als „Thor Steinar“-Besteller, -träger und Lok-Leipzig-Sponsor. Die Fenster der Erdgeschosswohnungen wurden außerdem geweißt, im Inneren hängen Naziplakate. Häufig anwesend und womöglich mit Mietverträgen versehen: Felix Schönerstedt (JN), Klaus-Peter Kotré, Tanja Baki

(beide NPD-Kreisverband Leipzig) sowie die „Twins“ Andreas und Dittmar Schumer („Scenario Lok“). Die kennen sich allesamt aus der Odermannstraße 8 und dem bis Ende September dort als Hauptmieter ansässigen, NPD-nahen „Kulturverein Leipzig-West e.V.“ Denkbar, dass der Verein in der Langen Straße eine neue Bleibe gefunden hat. Das verdankt er dann dem Eigentümer des Hauses, der „Kling Group“. Verwaltet wird das Objekt durch „Oz Immobilien Oschatz“. Womöglich kommen den Firmen die auffälligen Mieter, die bislang geduldet werden, auch nicht ungelegen: Die „Kling Group“ ist bekannt für gezielte Aufwertung von Gebäuden. Das setzt den Leerzugausgang voraus, den Nazis im Haus beschleunigen könnten.

Indes nehmen diese ihren Job ernst: Beim Einzugaus wurde der Lieferwagen eines Holzhandels und „Montageservice“ aus Schildau verwendet. Firmeneigentümer ist der schon erwähnte Thomas Persdorf („Front Records“). Denkbar also, dass er den Kameraden wohlwollend unter die Arme greift. Vielleicht nicht uneigennützig, denn der Wohnraum taugt auch als Lagerfläche, etwa für den „Fighting Catwalk“-Laden.

Stadtteil-Strategie der Rechten

Dass sich Nazis gezielt in einem Viertel niederlassen, ist keine Überraschung: Diese Stadtteil-Strategie fahren Neonazis in Leipzig seit Jahren, und besonders erfahren sind sie im Osten der Stadt. Ein Haus in der Holsteinstraße, das vorwiegend von StudentInnen bewohnt wurde, ist über Monate hinweg, bis Anfang 2008, wiederholt von Nazis angegriffen worden. Zur selben Zeit haben führende Köpfe der Leipziger Naziszene, u.a. Istvan Repaczki, selbst im Stadtteil Reudnitz gewohnt. Deren Präsenz war vor Ort zu spüren: durch Aufmärsche, „Spontan“-Aktionen, „Anti-Antifa“-Bestrebungen, vor allem aber durch gewalttätige Übergriffe.

Auf die Naziumtriebe im Leipziger Osten folgte ein heftiges Echo. Am 1. März 2008 gab eine Antifa-Demo mit mehr als 1000 TeilnehmerInnen, außerdem haben sich vor Ort Gegenströmungen und alternative Projekte etabliert. Die Hegemonie der Rechten wurde so aufgebrochen. Ab Ende 2008 zogen sie sich in eine andere Ecke, die Lindenauer Odermannstraße, zurück. Dort begann das Spiel von vorn.

Und nun passiert es schon wieder. Zumindest dem Projekt „Lange Straße“ muss dabei Planmäßigkeit unterstellt werden. Es geht um die Schaffung neuer Treffpunkte und die Einbindung von Kameraden in vermeintlich „sichere“ Rückzugsräume. Der Punkt ist aber: Man kann ihnen diese Räume auch wieder nehmen. □



Rechtspopulismus auf Sächsisch

Der Begriff „Rechtspopulismus“ ist umstritten. Auf die noch wenig bekannte „Bürgerbewegung Pro Sachsen“ passt er nur bedingt. Der eingetragene Verein will 2014 erstmals zur Landtagswahl antreten. Die geplante „konservativ-patriotische“ Liste gibt sich seriös, ist aber ein Potpourri aus rechten Splittergruppen, nationalkonservativen Parteien und „Wutbürger“-Aktivisten.

Seit Februar 2011 ist „Pro Sachsen“ erst aktiv, das Motto des Vereins lautet schlicht „Sachsen lebt“. Unter dem selben Titel fanden im September und November 2010 „Bürgerversammlungen“ in Liebertswolkwitz (Gaststätte „Schwarzes Roß“) und Leipzig-Lindenu (Hotel „Merseburger Hof“) statt. Es waren seltene Lebenszeichen der selbsternannten „Sächsischen demokratischen Opposition“, die ansonsten nur an die Öffentlichkeit trat, um jährlich Kränze für „deutsche Kriegsofopfer“ auf dem Dresdner Heidefriedhof abzuwerfen. Teil jener ganz speziellen „Opposition“: Die Freiheitliche Partei Deutschlands (FPD), Sächsische Volkspartei (SVP), Deutsche Soziale Union (DSU) sowie das „Bündnis Arbeit, Familie, Vaterland“ (BAFV).

Diese Mini-Parteien hatten sich 2010, gemeinsam mit der Humanwirtschaftspartei (HWP), schon zu einem „Bündnis für Freiheit und Demokratie“ (BFD) zusammengeschlossen. Ende November 2010 wurde dann gemeinsam ein sächsischer BFD-Landesverband gegründet. Offenbar eine Totgeburt, denn weiterführende BFD-Aktivitäten in Sachsen wurden nicht bekannt (siehe GAMMA #189) – großgezogen wurde stattdessen, aber in ganz ähnlicher Konstellation, das Projekt „Pro Sachsen“. Dort fehlt lediglich die HWP, die aus Gründen der Außenwirkung auf Selbständigkeit pocht – und ansonsten sozialdarwinistische und antisemitische Theorien des 1930 verstorbenen „Zinskritikers“ Silvio Gesell propagiert.

„An die besten Traditionen anknüpfen“

Viel weiter her ist es mit den politischen Positionen von „Pro Sachsen“ aber auch nicht. Per E-Mail wandten sich die Sachsen-Pros bereits an Holger Apfel und gratulierten ihm zur Übernahme des NPD-Parteivorsitzes. Tenor: Man müsse zusammenstehen wider die „Hetze gegen alles Nationale“, gegen „Volksfeinde“ und „Büßsermentalität“ sowie für die „Erhaltung Deutschlands in seiner angestammten Eigenart“. Mittlerweile hat „Pro Sachsen“ ein eigenartiges Kurzprogramm aufgelegt, das aber offenbar nur im Internet verbreitet wird. Es umfasst neben unspezifischen Allgemeinplätzen natürlich den Austritt aus dem Euro, zudem eine „deutsche Verfassung“ und den Abschluss eines „Friedensvertrages“. Außerdem wird betont, dass Deutschland „kein Einwanderungsland“ sei und „an seine besten Traditionen anknüpfen“ müsse. Welche das sind, wurde nicht notiert.

Das Konzept von „Pro Sachsen“ ist deutlich abgesehen vom ambitionierten Modell der „Bürgerbewegung Pro Köln“ (Markus Beisicht) und „Pro Deutschland“ (Manfred Rouhs) – rechtspopulistische Sammlungsbewegungen, die mit ihrer Hetze gegen MigrantInnen zumindest in einigen Regionen bescheidene Wahlerfolge erzielen konnten. „Pro Köln“ sitzt als Fraktion im dortigen Stadtrat und „Pro Deutschland“ trat mit seinem bisher einzigen Landesverband, „Pro Berlin“, zu den Abgeordnetenhauswahlen an (Slogan: „Wählen gehen für Thilos Thesen“, gemeint ist Sarrazin). Ernüchterndes Ergebnis: 1,2 Prozent. Weitgehend unbeachtet gibt es auch im Chemnitzer Stadtrat eine dreiköpfige Fraktion namens „Pro Chemnitz“, die sich wiederum als „Bürgerbewegung“ titulierte. Fraktionsvorsitzender ist der Chemnitzer Rechtsanwalt Karl Martin Kohlmann, „Alter Herr“ der „Burschenschaft Arminia zu Leipzig“ sowie 2008 und 2009 Anmelder des alljährlichen Neonazi-Aufmarsches in Chemnitz. „Pro Chemnitz“ ist aus der Republikaner-Fraktion hervorgegangen, stellte 2009 bei den Kommunalwahlen eine gemeinsame Liste mit der DSU und errang immerhin 4,6 Prozent.

Galionsfigur abgetreten

„Pro Sachsen“ peilt ähnliches auf Landesebene an, aber das Gelingen steht in den Sternen. Da gibt es zum einen Berührungspunkte unter den beteiligten Parteien, eine geplante Fusion von SVP und DSU ist geplatzt. Seitdem liegt die SVP brach und die DSU verlor ihren Landesvorstand Karl-Heinz Obser, der bis 2009 im Leipziger Stadtrat saß, übrigens als Mitglied der CDU-Fraktion. Zum anderen ist auch der politische Kurs der Pro-Leute unsicher: Anfangs war der Ex-CDU-Bundestagsabgeordnete Henry Nitzsche als Mitbegründer zugleich Ideengeber und die einzige bekannte Galionsfigur von „Pro Sachsen“, er wurde am 7. Mai sogar als sächsischer Delegierter zum geflopten „Marsch der Freiheit“ von „Pro Köln“ entsandt.

Nitzsche war Ende 2006 aus der CDU ausgetreten, vorangegangen waren etliche rassistische und homophobe Äußerungen. Zwei Jahre später gründete der Rechtsaußen die Wählervereinigung „Bündnis Arbeit, Familie, Vaterland“ (BAFV), bei der Landtagswahl 2009 trat er in Hoyerswerda als Direktkandidat an – mit Unterstützung der NPD, aber erfolglos. Zuletzt kandidierte

Nitzsche im Herbst 2011 ebenso erfolglos als Oberbürgermeister in Kamenz und ließ sich dabei von einem irrlichternden Linkspartei-Mitglied unterstützen.

Stillschweigend ist Nitzsche zwischenzeitlich aus „Pro Sachsen“ ausgeschieden, Anfang August hatte er bereits sein Amt als Vorsitzender, laut „Pro Sachsen“ aus „persönlichen Gründen“, niedergelegt. Nitzsche selbst bezichtigte „Pro Sachsen“, „zunehmend von der NPD unterwandert“ worden zu sein – und schaltete die „Pro Sachsen“-Website einfach ab. Ob das BAFV, das nur ein anderer Name für die „Liste Henry Nitzsche“ war, überhaupt noch existiert, ist unsicher.

Erfolgsloser Schulterchluss

Allerdings sitzen ehemalige NPDler ohnehin mit im „Pro“-Boot: Die SVP wurde 2006 gegründet und bis heute geleitet durch Mirko Schmidt, der 2004 für die NPD in den Landtag eingezogen war und der Partei kurz darauf den Rücken kehrte. Nun ist er stellvertretender Pro-Sachsen-Vorsitzender. Auch die FPD wurde zum Auffangbecken für NPD-Abtrünnige, namentlich Jürgen Schön, der mittlerweile wieder parteilos ist, und Klaus Baier, der zur DSU wechselte. Der amtierende FPD-Chef Johannes Hertrampf aus Thienendorf (Landkreis Meißen) hat mittlerweile Nitzsche als Pro-Sachsen-Vorsitzenden ersetzt. Hertrampf betreibt nebenher die „Plattform Leipzig“, vorgeblich eine „Allianz Demokratischer Parteien und Organisationen“, bei der einst auch die DSU mit von der Partie war. Die „Plattform“ sollte schon einmal, vor mehr als sechs Jahren, rechte Kleinparteien vereinen. Ohne Erfolg.

Auch die heutigen „Pro Sachsen“-Parteien errangen zur letzten Landtagswahl zusammengenommen gerade einmal 0,4 Prozent der Stimmen. Und „Pro Sachsen“ hat schon jetzt Konkurrenz im Buhlen um die Wählerschaft zwischen CDU und NPD: Der Landesverband der Republikaner hat sich im April 2011 überraschend nicht aufgelöst, sondern einen neuen Vorstand gewählt. Einen Leipziger REP-Kreisverband gibt es derzeit aber nicht. Außerdem hat „Die Freiheit“ mittlerweile einen sächsischen Landesverband gegründet, regelmäßig trifft sich eine „Leipziger Gruppe“.

Bisherige Aktivitäten von „Die Freiheit“ beschränkten sich in der Messestadt auf das Anlegen eines Twitter-Accounts. Womit sie dann auch nicht viel weiter sind als „Pro Sachsen“. □

Der Narrensaum

Die NPD arbeitet in Sachsen eng mit dem „Freien Netz“ zusammen. Nach der Veröffentlichung eines internen Forums wird Maik Schefflers Truppe für die Partei zum Problem.



Kommunikation“ sei durch das „Herausfiltern einiger Textpassagen“ in einem „völlig neuem Kontext an die Öffentlichkeit gebracht“ worden.

Mitnichten, denn etlichen Medien liegen komplette, „ungefilterte“ Forumskopien vor. Laut Scheffler habe „Hard To Hate“ aber sowieso nur drei Monate existiert und es sei keineswegs das Forum des „Freien Netzes“ gewesen. Das ist eine Schutzbehauptung. Und

Maik Scheffler alias „Sibelius“ im internen Forum des „Freien Netzes“:

»Sicherlich gehört zur Propaganda auch die Verdrehung bis hin zur Lüge.«

Anfang November veröffentlichte GAMMA Auszüge aus dem internen Forum („Hard To Hate“) des „Freien Netzes“ (FN) und stellte eine umfangreiche Dokumentation ins Internet. Diese Auswertung zeigt, wie Aktivisten des „Freien Netzes“ unter Führung von Maik Scheffler, Tommy Naumann und Thomas Gerlach versuchen, eine „NS-Ersatzorganisation“ aufzubauen und dafür die NPD samt ihrer Jugendorganisation „Junge Nationaldemokraten“ (JN) auszunutzen.

Die Inhalte des Forums sind harter Tobak und reichen bis zu der „Anregung“, eine „Polizeiwache abzufackeln“ und einen „Polizisten abzustecken“. Solche Statements und mehr als 100 kritische Artikel in der Tagespresse brachten Scheffler als stellvertretenden Chef der Sachsen-NPD ebenso ins Rudern wie die Parteiführung um Holger Apfel.

Ein Scheffler, viele Meinungen

Unmittelbar nach der GAMMA-Veröffentlichung sagte Scheffler gegenüber der TAZ (06.11.), „zu einem Forum des Freien Netzes“ könne er „nichts sagen“. Schon tags darauf war es ihm wieder eingefallen: Auf der Website „Mauerblümchen“, dem von Patrick Fischer mitgestalteten Nachfolger des FN Chemnitz, kommentierte Scheffler, die Foreneinträge seien „durch Hacker nicht nur übernommen sondern auch modifiziert“ worden.

Die Fälschungsthese fiel bis Ende November einem Meinungswandel zum Opfer. Der Süddeutschen Zeitung (29.11.) sagte Scheffler, dass die veröffentlichten Forums-Zitate „völlig aus dem Zusammenhang gerissene Sachen“ seien – ihre Echtheit bestritt er aber nicht mehr. Nach konkreten Inhalten befragt, gab er gegenüber Spiegel TV (04.12.) zwar „keinen Kommentar“ ab. Das machte er aber zeitnah in einem Interview mit der Apfel-nahen Website „Deutschland Echo“ (03.12.) wett. Dort erläuterte Scheffler, die „interne

während Scheffler noch lavierte, hatten andere Protagonisten ihre Autorenschaft im von ihnen selbst so betitelten „FN-Forum“ schon eingestanden, einmal mehr in der irrigen Ansicht, „unter sich“ zu sein.

Was Schefflers Verhältnis zur Wahrheit angeht, braucht sie niemanden verwundern. „Sicherlich gehört zur Propaganda auch die Verdrehung bis hin zur Lüge“, schrieb er selbst im FN-Forum. Moralisch bereite ihm das „keinerlei Probleme“, setzte er auf Nachfrage hinzu.

Unbehagen mit dem „Narrensaum“

Neben Scheffler äußerten sich auch seine Dienstherren. Der erste Anpiff kam vom neuen Apfel-Vize Udo Pastörs. In einem Interview mit der Website „Mupinfo“ (14.11.), die von David Petereit betrieben wird und der NPD-Fraktion in Mecklenburg-Vorpommern nahe steht, sprach Pastörs etwas kryptisch den „Narrensaum“ in der Partei an: „überall da, wo eine gewisse Grenze überschritten wird, kann und wird es zukünftig keine Duldung geben. Unwürdiges ‚NS-Gekasper‘ ist eine Musik, die niemand hören will.“

Ins gleiche Horn stieß Apfel in einem Interview mit der Parteizeitung „Deutsche Stimme“ (19.12.), wo er betonte, die NPD lasse sich „nicht auf der Nase herumtanzen“, notfalls müsse man sich „auch mal von Leuten trennen, die die NPD nur instrumentalisieren oder Politik mit einem Abenteuerspielplatz verwechseln. [...] Ein zu laxer Umgang mit feindlich gesonnenen Kräften ist aber weder für die NPD noch für alle konstruktiv ausgerichteten freien Kameraden förderlich.“ Apfel nahm Scheffler dennoch namentlich in Schutz, rühmte ihn gar ob seiner „konstruktiven“ Zusammenarbeit:

„Ein Maik Scheffler, der noch vor wenigen Jahren der NPD ablehnend gegenüberstand, ist heute nicht nur NPD-Aktivist mit ‚Alibi-Funktion‘ – er ist Stadtrat, Kreisvorsitzender, stellv. Landeschef. [...] Ich frage nicht

nach dem Gestern, sondern, was jemand heute für sein Land leisten will. Ich reiche allen konstruktiven Aktivisten die Hand und lade sie gern zum Gespräch ein – auch und gerade die, die noch in kritischer Distanz stehen!“

Eine seltsame Rückendeckung. Und genau dieses Zitat gehört zu einer eingetübten Choreografie. Dem „Deutsche Stimme“-Blog „DS-Aktuell“ gab Apfel nämlich schon vor den belastenden Forums-Veröffentlichungen ein Interview (20.10.) – inklusive Anbiederung an das „Freie Netz“. Damals verwendete Apfel einen all zu bekannten Textbaustein:

„Ein Maik Scheffler beispielsweise, der noch vor wenigen Jahren einer Sachsen-NPD unter Jürgen Schön mit größtmöglicher Distanz gegenüberstand, ist heute nicht nur NPD-Aktivist mit ‚Alibi-Funktion‘ – er ist NPD-Kreisvorsitzender von Nordsachsen, Stadtrat in Delitzsch,

Landesorganisationsleiter und inzwischen auch stellvertretender Landesvorsitzender.

[...] Ich frage nicht, was gestern war, sondern danach, was jemand bereit ist, heute und morgen für sein Land zu leisten. In diesem Sinne reiche ich allen konstruktiven freien Aktivisten die Hand und lade

sie zum offenen Gespräch ein – auch und gerade die, die heute noch in kritischer Distanz stehen!“

Inszenierte Eintracht

Was davon ist ernst gemeint? Die Partei spielt über ihre verschiedenen Medien eine Eintracht vor, die es so nicht gibt. Das „Freie Netz Süd“ (02.12.) teilte deshalb schon einen Hieb gegen die NPD aus, sprach – ohne den konkreten Anlass zu nennen – von „hektisch-planlosen Repressionswellen innerhalb der eigenen Partei“. Diese betreibt Schadensbegrenzung und dichtet Scheffler und Co. durch ständige Wiederholung einen guten Leumund an. Im Gegenzug, so das naheliegende Kalkül, soll das Bündnis mit dem „Freien Netz“ um jeden Preis aufrecht erhalten werden – gerade jetzt, wo die Partei personell umstrukturiert wird.

Apfels Nachfolger im sächsischen Landesverband, Mario Löffler, ist bei den „Freien“ nämlich nicht wohl gelitten. „Von nationalistischen Personen außerhalb der Partei hält das ehemalige CDU-Mitglied Löffler nicht viel“, warnte das „FN Zwickau“ (06.12.). Der Aufsteiger aus dem Erzgebirge hat sich dazu schon bei „Deutschland Echo“ (02.01.) geäußert – und wiederholt Pastörs und Apfels Anmahnung der Parteidisziplin, „um nicht zu gefährden, was mühsam aufgebaut worden ist.“

Und genau da liegt der braune Hase im Pfeffer. In Sachsen ist die NPD weiterhin auf das „Freie Netz“ und die von ihm stark beeinflussten „Jungen Nationaldemokraten“ angewiesen, mit Scheffler steht und fällt die JN. Wenn aber Funktionäre der Partei, etwa jener Maik Scheffler oder Tommy Naumann, „aggressiv-kämpferisch“ auftreten, wie sie es im FN-Forum sogar schriftlich festgehalten haben, ist das ein mögliches Verbotsargument gegen die NPD. □

FN-Leak auf der GAMMA-Website:
<http://gamma.noblogs.org/fn-leaks>

Zwischen Rechtsrock und Brandstiftung

Von Geithain bis tief in die Lausitz: Kurzmeldungen zum Neonazismus in der sächsischen Provinz

Geithain: Verlustgeschäft „Tag der Identität“

Verhaltene Resonanz beim „Tag der Identität“ am 13. August 2011: Ungefähr 120 Neonazis folgten der Einladung des „Freien Netzes Borna-Geithain“ und des NPD-Kreisverbandes Landkreis Leipzig in die sächsische Kleinstadt Geithain. Die von Manuel Tripp (Jurastudent, „Freies Netz Geithain“, Stadtrat mit NPD-Mandat) angemeldete Veranstaltung sollte zunächst im Geithainer Bürgerhaus stattfinden. Das Oberverwaltungsgericht Bautzen bestätigte aber schließlich ein durch die Stadtverwaltung ausgesprochenes Verbot. Als Ausweichort diente das Henning-Frenzel-Stadion.

Organisatorische Unterstützung erhielt Tripp von Marcel Beyer (Geithain) und Pierre Schmitteck, dem Gitarristen der augenscheinlich aufgelösten örtlichen Naziband „Projekt Irminul“. Deren Bassist Rico Semrau ließ sich ebenso blicken. Als Würstchenverkäufer betätigte sich Bernd-Uwe Hubmann aus Bad Lausick, ehemals Republikaner-Funktionär in Bayern und nun Herausgeber der antisemitischen „Satire“-Zeitung „Der Buchheimer“ (siehe GAMMA #186).

Neben dem „Liedermacher“ Tobias Winter aus Jena waren die Bands „Priorität 18“, „Wiege des Schicksals“, „Terroritorium“ und „Exzess“ angekündigt worden. Als Redner traten Tripp, Patrick Fischer (Chemnitz), Pierre Dornbrach (JN Lausitz), der unvermeidliche Multifunktionär Maik Scheffler sowie „Michael Neumann aus Mittelsachsen“ auf. Hinter letzterem verbirgt sich Christian Müller von „Volksfront Medien“, der früher in Butzbach (Hessen) lebte.

Am frühen Abend griffen sieben Neonazis im

Geithainer Stadtpark zwei junge Menschen an. Augenzeuginnen zufolge befanden sich darunter auch die bekannten Leipziger Nazis Marcus „Rolle“ Weidhase, Sebastian „Johnny“ Ristau und Benjamin Döhler.

Limbach-Oberfrohna: Urteil gegen Brandstifter bestätigt

Das Landgericht Zwickau bestätigte am 9. Januar 2012 ein erstinstanzliches Urteil gegen Nico Döge wegen Körperverletzung, Verwendung verfassungsfeindlicher Kennzeichen und Brandstiftung. Der 20-jährige Neonazi hatte am 13. November 2010 das Gebäude der „Sozialen und politischen Bildungsvereinigung Limbach-Oberfrohna“ in Brand gesetzt. Das Urteil für den Neonazi aus dem benachbarten Hartmannsdorf: zweieinhalb Jahre Haft nach dem Jugendstrafrecht.

Burgstädt: Brandstifter noch auf freiem Fuß

Drei Jahre nach dem Brandanschlag auf den Proberaum einer Punkband in Burgstädt (bei Chemnitz) ist noch immer kein Ende des Gerichtsverfahrens abzusehen. In erster Instanz mussten sich Albert Reimann, Michael Wermann, Andre Bergemann und Robert Mattutat vor dem Amtsgericht Chemnitz verantworten. Von den Angeklagten, die dem ehemaligen „Sturm 34“-Umfeld zuzuordnen sind, wurden nach mehr als 30 Verhandlungstagen aufgrund unklarer Beweislage nur zwei verurteilt. Der geständige Wermann erhielt drei Jahre Haft, Bergemann wurde zu zwei Jahren auf Bewährung verurteilt. Gegen das Urteil des Amtsge-

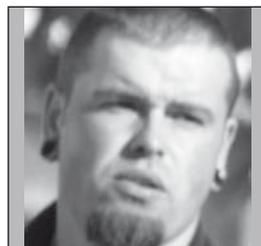
richts Chemnitz wurden Rechtsmittel eingelegt, Wermann ist derzeit auf freiem Fuß.

Geringswalde: Dubiose Neonazi-WG

Eine Zweiraumwohnung in der Dresdner Straße 27 in Geringswalde (Mittelsachsen) nutzen seit Dezember fünf Neonazis als Meldeadresse. Darunter Tom Woost, führendes Mitglied der 2007 vom sächsischen Innenminister verbotenen kriminellen Vereinigung „Sturm 34“, und der Rochlitzer NPD-Vorsitzende Pierre Nickl, der dieser Kameradschaft ebenfalls angehörte.

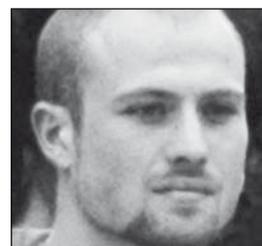
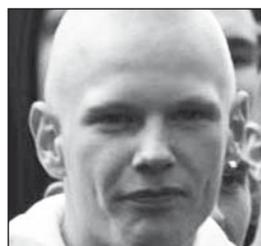
Wurzen & Rothenburg: Mini-Aufmarsch und „Luni“-Konzert

Anlässlich des „Volkstrauertags“ marschierten am 12. November 2011 und 80 Neonazis durch Wurzen. Die im Vergleich zum Vorjahr geringe TeilnehmerInnenzahl erklärt sich auch durch das Nazikonzert, welches zeitgleich in einem Zelt auf dem Gelände der Gaststätte „Zur deutschen Eiche“ in Rothenburg/Oberlausitz 1300 Nazis anzog. Die Webseite des unter dem Motto „Freiheit für Erich Priebke“ stehenden „Solidaritätskonzerts“ ist auf den Bremer Nazi Henrik Ostendorf registriert. Headliner der von Mirko Beier (NPD-Kreisverband Meißen) mitorganisierten Veranstaltung war „Die Lunikoff Verschwörung“. Am nächsten Tag besuchte Lunikoff-Kopf Michael Rege-ner zusammen mit Nils Larisch (NPD Leipzig) und dem Nazi-Hooligan Riccardo Sturm einen Naziaufmarsch in Wunsiedel. □



von links nach rechts:

- Marcel Beyer
- Pierre Schmitteck
- Rico Semrau
- Christian Müller



- Nico Döge
- Michael Wermann
- Tom Woost
- Pierre Nickl

Der gewöhnliche

Ganz offiziell

130 aktive V-Leute in der NPD, davon ein Dutzend in Führungsgremien der Bundespartei, dazu etliche in Vorständen von Landes- und Kreisverbänden. Manche sollen parallel in Kameradschaften aktiv sein. Die Zahl der V-Leute ist seit dem Verbotverfahren gegen die NPD, das 2003 wegen der V-Leute gescheitert war, gestiegen. Und sie ist im Zuge der jüngsten Berichterstattung zum „NSU“ mehrfach nach oben korrigiert worden, bis Ende November sprach das Bundesinnenministerium noch von „unter hundert“. Offenbar haben die Ämter selbst keinen Überblick. Deren Informanten in der rechten Szene dürften jährlich hunderttausende Euro kosten – zu ihren „Gegenleistungen“ zählen „szenetypische Straftaten“. Dazu trägt allein in Sachsen eine niedrige zweistellige Zahl von V-Leuten in der Naziszene bei.

144 abgetauchte Neonazis, die verschwunden sind, vermisst werden oder zu denen keine aktuellen Meldeadressen vorliegen. Die jeweiligen Gründe des „Abtauchens“ sind den Behörden im Einzelnen nicht bekannt, möglich ist aber ein NSU-Zusammenhang. So verschwand mit dem Nürnberger „Reichsbürger“ Gerd Ittner im Jahr 2005 ein bundesweit bekannter Neonazi, der mit dem verhafteten Ralf Wohlleben ebenso in Kontakt stand wie mit Christian Bärthel, dem ehemaligen Mitarbeiter des früheren Zwickauer NPD-Abgeordneten Peter Klose. Klose hatte noch vor Bekanntwerden des NSU-Bekennervideos sein Facebook-Profil mit „Paulchen Panther“ geschmückt.

405 sichergestellte Waffen, darunter 22 Spreng- und Brandvorrichtungen, die allein im Jahr 2010 bei Durchsuchungen im ganzen Bundesgebiet beschlagnahmt wurden. Im Bereich „Politisch motivierte Kriminalität rechts“ registrierten die Behörden im selben Jahr 253 Straftaten, bei denen Waffen eingesetzt wurden.

156 legale Schusswaffen im Besitz von 38 sächsischen „Rechtsextremisten“, die über eine Waffenbesitzkarte oder einen Waffenschein verfügen. Bundesweit dürfte die Zahl scharfer Pistolen und Gewehre in den Händen von Neonazis in die Tausende gehen. Entsprechend hoch ist die Anzahl ihrer Mitgliedschaften in Schützenvereinen und Reservistenkameradschaften. Erst Ende 2011 wurden acht sächsische Neonazis aus dem Reservistenverband der Bundeswehr ausgeschlossen.

47 Todesopfer rechter Gewalt seit 1990 laut offizieller Statistik der Polizei. 148 Todesopfer – inklusive denen des „NSU“ – zählen „Tagesspiegel“ und „Zeit“. Die Amadeu-Antonio-Stiftung geht von 182 aus. Noch im Oktober 2011 lehnte die Bundesregierung eine Revision der amtlichen Statistik, auf die Opferhilfe-Gruppen seit Jahren drängen, ab. Infolge der jüngsten Berichterstattung wurde das Thema erneut diskutiert. Oppositionelle Kritik an der bundesoffiziellen Statistik kontierte FDP-Innenpolitiker Hartfrid Wolff Anfang Dezember im Bundestag so: „Die Linken wollen ein Gesinnungsdenunziantentum, das die Linke-Szene anhand der rechtsextremen Straftaten hoffähig machen soll.“

Rechter Terror im Freistaat

300 Euro: So hoch ist die Strafe, die das Dresdner Amtsgericht kurz vor Weihnachten einem 22-jährigen aufgebrummt hat. Er soll am 19. Februar 2011 an einer Sitzblockade gegen den „Trauermarsch“ teilgenommen haben, gemeinsam mit 1500 weiteren AntifaschistInnen. Die haben nach herrschender Meinung gegen das Versammlungsrecht verstoßen. Und nach Meinung des zuständigen Richters Hajo Falk wiegt der Fall besonders schwer, weil Nazis, so die Urteilsbegründung im Namen des Volkes, eine „schützenswerte Minderheit“ seien.

In Sachsen steht der Neonazismus unter Bestandsschutz. Die Aktivisten des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ (NSU) konnten genau darauf zählen: Ihre Mordtaten waren nur möglich, weil es ein bundesweites, weit verzweigtes Helfernetzwerk gab und, um es milde auszudrücken, interessiertes Wegsehen in den Amtsstuben. Das wäre so weiter gegangen, hätte sich die „Zwickauer Zelle“ zum Schluss nicht selbst gerichtet, respektive gestellt. Der NSU ist kein rein sächsisches Phänomen, aber in Sachsen fanden die Haupttäter Unterschlupf und Rückendeckung – mehr als ein Jahrzehnt lang. Das ist durchaus erklärungsbedürftig. Nur ist in Sachsen mit so einer Erklärung zuallerletzt zu rechnen.

Beispiel sächsisches Landesamt für Verfassungsschutz: Das gibt überhaupt keine öffentlichen Statements ab, abgesehen von der Beteuerung, man habe keine Akten vernichtet. Jedenfalls keine „aus dem gesamten derzeit öffentlich diskutierten Komplex“ und keine, „die für die Aufklärung des Komplexes“ und zur „Unterstützung der Ermittlungen [...] notwendig sind.“ Das sind schon drei Einschränkungen des eigenen Dementis, das explizit offen lässt, was mit Akten geschieht, die man nach eigener Einschätzung nicht für „notwendig“ hält – und wer eine dermaßen belastete und demokratiefreie Behörde ermächtigt, solche Entscheidungen selbst zu treffen.

Selbst getroffen hatte man auch die Entscheidung, im Jahr 2000 das NSU-Trio in Chemnitz mehrfach zu observieren. Und die Sache im übrigen auf sich beruhen zu lassen. Bestandsschutz für Neonazis – das heißt, sie unter staatliche Aufsicht zu stellen. In Sachsen zeigt sich immer wieder, dass nichts davon funktioniert. Oft genug versagt auch die demokratische Kontrolle der Behörden.

So fadenscheinig ist dann auch ihr Bemühen, „Rechtsterrorismus“ als neues Phänomen und

eine ungeahnte Qualität rechter Gewalt hinzustellen. Richtig ist, dass rechtsterroristische Gruppen in der Bundesrepublik seit den 1950er Jahren aktiv sind und seit den 1970er Jahren gezielt zu Waffen und Sprengstoff greifen. „Eine Bewegung in Waffen“ heißt eine faschistische Untergrund-Schrift vom Anfang der 1990er Jahre, die daraus eine Methode entwickelt hat. Sie beruht einzig auf der Ermordung von Gegnern: *„Beim Attentat ist die Vernichtung von Menschenleben eigentliches Ziel der Kampfhandlungen.“*

■ **Härter als „bei der SA“**
Kleine Zellen, konspiratives Handeln, ein Leben im Untergrund für den „führerlosen Widerstand“ und die „nationalsozialistische Revolution“ – trotz diese Blaupause des späteren NSU gab es laut einer Auskunft der Bundesregierung vom April 1997 *„keine Hinweise auf eine Umsetzung solcher Konzepte“*. Zur gleichen Zeit reifte in Jena aber genau dieser Entschluss. Anfang 1998, gleich nach dem Untertauchen von Zschäpe, Böhnhardt und Mundlos, kündigte der „Thüringer Heimatschutz“ (THS) an, *„ab sofort“* werde *„Bombe mit Bombe“* vergolten. Der politische Kampf werde härter werden als *„vor 1933 bei der SA“*.

Solche Entwicklungen nicht zu registrieren ist das eine. Ihre Resultate zu leugnen das andere. Seit 1990 gab es in Deutschland laut Amadeu-Antonio-Stiftung 182 Todesopfer rechter Gewalt. Der rechte Terror in Deutschland ist eine aktuelle Gefahr, aber eben keine neue, keine unerwartete und schon gar keine unsichtbare. Neu ist im Falle NSU, dass dessen Taten noch gravierender gewesen sind, als es antifaschistische und zivilgesellschaftliche Initiativen sowie kritische JournalistInnen je behauptet haben und dafür auch seit je in die Ecke des Linksextremismus gerückt werden – oder sich vor einem sächsischen Richter verantworten müssen.

Die neonazistische Szene in Deutschland ist tatsächlich hochorganisiert, teils legal bewaffnet, größtenteils militant und durchgängig vernetzt. Das zeigt bereits das hauptsächlich in Sachsen aktive „Freie Netz“, das auch die „Jungen Nationaldemokraten“, also die NPD-Jugendorganisation, anführt. Das Problem liegt auf der Hand. Es beginnt nicht in einem ominösen „Untergrund“, sondern beispielsweise im Alltag und der Politik des Freistaates. Dessen zweifelhafte Beiträge zum „Kampf gegen Rechtsextremismus“ – siehe rechte Seite – belegen das. □

Untergrund

Sachsen und seine Neonazis: Worst Of 2011

■ Subventionen

Mehr als 130.000 Euro erhielt der ehemalige Rechtsterrorist Karl-Heinz Hoffmann für sein Rittergut in Kohren-Sahlis (Landkreis Leipzig). Die Zuwendungen fließen seit 2005 und dienen offiziell der „Pfleger von Kulturdenkmälern“. Kein Einzelfall: Für das Schloss Noschkowitz (Landkreis Mittelsachsen) erhielt der österreichische Neonazi Raimund Bachmann seit 2006 mehr als 70.000 Euro. In diesem Falle wurde nicht einmal geprüft, ob die Fördermittel rechtmäßig verwendet wurden.

■ Vorwarnung

Das sächsische Landesamt für Verfassungsschutz hat im Juli 2011 Mitglieder der „Terror Crew Muldentale“ (TCM) auf der amtlichen Website über eine laufende Ermittlung wegen „Bildung einer krimineller Vereinigung“ (§129) informiert und damit vor Hausdurchsuchungen gewarnt. Wenige Tage später wurde der Eintrag auf der VS-Website ohne Erklärung „entschärft“. Ende Juli folgten tatsächlich Hausdurchsuchungen bei 22 mutmaßlichen TCM-Mitgliedern. Den Vorwurf, die Razzien verraten zu haben, wies das Landesamt zwar zurück. Doch gegenüber dem RBB bestätigte Lorenz Haase, Sprecher der Dresdner Staatsanwaltschaft: „Durch diese Veröffentlichung des Landesamtes für Verfassungsschutz wurden die Beschuldigten letztendlich gewarnt.“

■ Straffreiheit

Gegen namentlich bekannte Mitglieder der verbotenen Kameradschaft „Sturm 34“ in der Region Mittweida wird seit Jahren ermittelt. In einem ersten Verfahren kam das Landgericht Dresden zu dem Urteil, „Sturm 34“, auf die eine Reihe gewalttätiger Übergriffe zurückgeht und bei der Informanten des Staatsschutzes aktiv waren, sei gar keine kriminelle Vereinigung. Das sah der Bundesgerichtshof schon 2009 anders. Seitdem wurde das Verfahren in Dresden aber nicht neu aufgerollt, nicht mal ein Prozesstermin anberaumt. Gegenüber einem Fernsehteam verharmloste Ralf Högner, Pressesprecher des Landgerichts Dresden, den Fall: Die Beschuldigten wären heute sowieso „schon wieder auf freiem Fuß.“ Die Sturm-34-Rädelführer sind unterdessen weiter aktiv. Noch immer nicht geahndet wurde auch der Überfall einer Nazigruppe am 1. Mai 2008 in Stolpen, bei dem

mehrere nicht-rechte Jugendliche verletzt wurden. Unter den Tätern befand sich der Sebnitzer „Hammerskin“ Mirko Hesse, der bis mindestens 2002 V-Mann des Bundesamtes für Verfassungsschutz war.

■ Desinformation

Im Leipziger NPD-Büro („Nationales Zentrum“) im Stadtteil Lindenau wurde bei mehreren Veranstaltungen gegen baurechtliche Nutzungsaufgaben verstoßen, u.a. wegen zu vieler Besucher. Sachsen

nahmen zeigen, dass mindestens 150 Personen an dem Vorfall beteiligt waren. Sie zeigen auch, dass die Polizei währenddessen den Verkehr regelte. Gleichzeitig lief die umfangreichste Überwachungsaktion in der Geschichte der Bundesrepublik an: Mehr als eine Million Handydaten wurden gesammelt, von mehr als 50.000 Geräten wurden später die Bestandsdaten ermittelt, die zu den BesitzerInnen führen. Auch der Verfassungsschutz war mit Abhörtechnik („IMSI-Catcher“) im Einsatz. Ein rundum illegales Vorgehen, nur um den Vorwurf zu erhärten, dass



Lupenreine Demokraten und Hüter der Verfassung: Leipzigs Polizeipräsident Horst Wawrzynski, Sachsens Polizeichef Bernd Merbitz und Innenminister Markus Ulbig (CDU). Ulbig (rechts) sagte im Innenausschuss des Sächsischen Landtages auf die Frage, ob ihn die Intensität neonazistischer Taten „überraschen“ würde:

»Bisher ist es in dieser Dimension nicht bekannt gewesen, dass sich Menschen in dieser Form radikalisieren.«

Innenminister Ulbig nahm zu dieser Frage Stellung – und legte eine unvollständige Liste mit dortigen Veranstaltungen vor. Unterschlagen hat er mindestens acht „Events“, die teils öffentlich angekündigt worden waren. Der Minister behauptete außerdem, dass keinesfalls gegen Bauvorschriften verstoßen worden sei. Doch selbst seine fehlerhafte Auswertung weist auf den gegenteiligen Fall hin. Korrigiert hat sich Ulbig bis heute nicht.

■ Wegsehen

Neonazis griffen am 19. Februar 2011 in Dresden-Löbtau das linke Hausprojekt „Praxis“ an. Videoauf-

sich AntifaschistInnen an Protesten gegen Neonazis beteiligt haben. Teil der Ermittlungen war auch eine Razzia ausgerechnet in der Dresdner „Praxis“.

■ Bewaffnung

Sächsische Neonazis, unter ihnen der verblichene Landtagsabgeordnete Winfried Petzold, gelangten mit Leichtigkeit an Schusswaffen, indem sie einfach dem Reservistenverband der Bundeswehr beigetreten sind. Dort gilt schon die bloße Mitgliedschaft als Beleg für die „Zuverlässigkeit“ der Schützen, was wiederum Voraussetzung für die Ausstellung einer Waffenbesitzkarte ist. Dem Innenminister,

der Interview-Anfragen zu diesem Thema verweigerte, war „eine derartige Praxis“ laut Antwort auf eine Landtagsanfrage „nicht bekannt“. Erst nach der Presseberichterstattung über die NSU-Morde schloss der Reservistenverband acht sächsische Neonazis, darunter NPD-Funktionäre, aus. An militärischen Übungen des Verbands dürfen sie nicht mehr teilnehmen, ihre Waffen können sie aber behalten. Sachsen folgt damit nicht dem Beispiel Bremen: Dort waren Anfang Dezember auf Grundlage des geltenden Waffengesetzes auch die legalen Schusswaffen von sechs Neonazis beschlagnahmt und ein Waffenverbot für diese Personen ausgesprochen worden. Ähnlich wurde in Hamburg vorgegangen, wo 25 scharfe Waffen eingezogen worden sind.

■ Beobachtung

Aus Johanngeorgenstadt stammen einige NSU-Helfer. Aus der Region kommt auch die „Weiße Bruderschaft Erzgebirge“, die ein einziges Mal, im Jahr 2001, im sächsischen Verfassungsschutz-Bericht auftauchte. Der Ortsnamen Johanngeorgenstadt sucht man aber vergebens. Über das Wirken der Nazis aus Johanngeorgenstadt waren die Behörden dennoch gut informiert. Einerseits fand dort mit staatlicher Förderung eine akzeptierende Jugendsozialarbeit statt. Andererseits antwortete die Landesregierung Anfang 2003 auf eine Kleine Anfrage wie folgt: „Im Bereich Rechtsextremismus liegen Erkenntnisse vor, die im Rahmen der öffentlichen Beantwortung dieser Anfrage aus Gründen der Geheimhaltung nicht genannt werden“. Befürchtet wurden wohl Rückschlüsse auf eine VS-Quelle, mit aller Wahrscheinlichkeit einen Informanten. Dies widerspricht der Behauptung des sächsischen Landesamtes, im NSU-Umfeld keinen „V-Mann“ eingesetzt zu haben. Und damit der Behauptung derselben Behörde, dass sie von Wehrsportübungen

Warum Innenminister Markus Ulbig das „Freie Netz“ fortbestehen lässt:

»Die neuen Erkenntnisse bestätigen ferner die Auffassung, dass das Internetportal ›Freies Netz‹ keine Organisation bzw. kein Personenzusammenschluss ist. [...] Das Netz als eingesetztes technisches Medium beinhaltet nur die Möglichkeit zum Austausch [...] Den gleichen Effekt könnte auch ein Telefon oder eine Telefonkonferenz haben.«

1998, einem Blood-and-Honour-Konzert 2001 sowie einem Aufmarsch 2003 in Johanngeorgenstadt und Umgebung nichts wisse. Maßgeblich beteiligt an der Organisation dieser Veranstaltungen waren die Brüder Maik und André Eminger. Der zweite sitzt nun wegen der Unterstützung des NSU in Untersuchungshaft.

■ Unverständnis

Im November forderte die Fraktion Die Linke im sächsischen Landtag ein Verbot des „Freien Netzes“ (FN). Vorausgegangen war die Veröffentlichung von Auszügen des internen FN-Forums. Doch ein Verbot erwägt Ulbig nicht: Ausgerechnet aus der Auswertung des GAMMA will Ulbig herausgelesen haben, dass das FN überhaupt keine Organisation sei, sondern ein Medium, vergleichbar mit einem „Telefon“. Obskur: Während in Ulbigs Zuständigkeitsbereich also nichts passiert, ist er zugleich ein Fürsprecher der populären Forderung nach einem NPD-Verbot.

■ Wortlosigkeit

Im Thüringer Landtag wurde schon Mitte November eine Kommission eingesetzt, um die Pannen dortiger Behörden während der Suche nach den drei untergetauchten NSU-Mitgliedern aufzuklären. Das Angebot in Richtung Sachsen, die Kommission gemeinsam zu

besetzen, wurde ausgeschlagen. Ulbig beharrt darauf, dass es in Sachsen keine Versäumnisse gegeben habe – auch wenn das Trio jahrelang in Chemnitz und Zwickau lebte, was Ermittlern spätestens seit dem Jahr 2000 bekannt gewesen ist. Auch ein Antrag der Fraktion Die Linke zur Einrichtung einer eigenständigen Untersuchungskommission wurde – übrigens mit übergroßer Mehrheit – im sächsischen Landtag abgelehnt.

■ Dummheit

Das Zwickauer „Schwimmen für Demokratie und Toleranz“ ist eine Anti-Nazi-Veranstaltung ganz nach staats-offiziellem Zuschnitt. Selbst Neonazis schwammen mit: Jens Gatter, NPD-Kreisrat in Liebschützberg, errang Mitte September gar den vierten Platz. Gemeinsam mit Innenstaatssekretär Michael Wilhelm und Zwickaus Oberbürgermeisterin Pia Findeiß entstand nachher auch ein Erinnerungsfoto mit Gatter. Die derart qualifizierte Frau Findeiß ist nebenher Jurymitglied des sächsischen „Bürgerpreises“, den die Landesregierung stiftete, nachdem sie sich vom Demokratieförderpreis zurückgezogen hatte. Streitpunkt war u.a. die „Extremismusklausel“. Ein Rechtsgutachten bescheinigt der Klausel mittlerweile den Verstoß gegen Grundrechte. Sachkenntnis hat sie noch nie verbürgt. □

Danke, Sachsen, für so viele Aufpaser ohne Uniform:

- | | |
|---|----------------------------------|
| L-AP 3967, -QA 6058
dunkl. Mercedes,
Opel Astra, VW Passat
(tauschen Kennz. untereinander) | L-TA 1193
blauer VW Touran |
| L-GH 6025, -TA 7448
weindr. VW Jetta, dunkler Passat (tauschen Kennz.) | L-QW 8048
schw. VW Golf |
| L-QP 3778
silberner VW Sharan | L-FA 6099
silberner Ford |
| L-TA 218
schw. Golf Kombi | MTL-BK 53
dunkelbl. VW-Bus |
| L-2532
silberner Fiat Panda | MTL-PF 96
silberner VW Passat |
| L-HP 6327
schw. VW Passat | MTL-E? 86
silberner VW Passat |
| L-CJ 4545
schw. Opel | ERZ-JK 84
weißer VW-Bus |
| L-RS 2024
grauer VW Sharan | DD-Q 4731
silbergr. VW |
| | L-RS 2014
grauer VW Sharan |
| | L-CT 1049, -JK 4512 |

Vor zehn Jahren: Neonazis contra Wehrmachtausstellung

Mit einem Doppel-Aufmarsch demonstrierten Neonazis am 8. Juni 2002 gegen die Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht, Dimensionen des Vernichtungskriegs“, die zugleich auf dem Gelände der Leipziger Alten Messe gastierte. Dagegen mobilisierte der Hamburger Christian Worch etwa 600 Anhänger, dem NPD-Aufruf für die gleiche Zeit folgten mehr als 1000. Worch lief von der Hauptbahnhof-Ostseite zum Ostplatz (inkl. „Oidoxie“-Konzert), der Marsch wurde mit Steinen angegriffen. Die NPD traf sich an der Alten Messe, wo zwei Wasserwerfer Protestierende im ohnehin strömenden Regen auf Abstandhielten. Insgesamt waren 4000 Polizisten im Einsatz. Es war der vierte Aufmarsch Worchs in Leipzig seit dem



Lutz Battke, „Bezirksschornsteinfegermeister“ aus Laucha (Sachsen-Anhalt), mit NPD-Fahne in Leipzig. Irritierend, dass er danach für die FDP im Lauchaer Stadtrat saß. 2011 trat er für die NPD als Landtagskandidat an.

1. September 2001. Und sein erster Leipzig-Marsch, bei dem er nicht gleich stecken blieb. Für 2002 hatte er deshalb vier weitere Aufmärsche angemeldet. Allerdings erreichte seitdem keine weitere Nazimobilisierung in Leipzig wieder so viel Zulauf. □

Infos über Neonazis nimmt die Antifa-Recherchegruppe entgegen: recherche-leipzig@riseup.net

Redaktionelles (Stand: 11.01.2012)

- E-Mail: gammazine@no-log.org
- WWW: <http://gamma.noblogs.org>

Ihr könnt euch das GAMMA auf Wunsch bei Erscheinen einer neuen Ausgabe zumailen lassen. Schreibt uns einfach eine E-Mail.

Noch mehr zu Nazi-Aktivitäten:

- Leipzig: www.chronikle.org
- Dresden: venceremos.sytes.net/artdd.html
- Zwickau: zwickau.blogspot.de
- Dessau: www.infothek-dessau.de
- Nordthüringen: artnordth.wordpress.com
- Berlin: blog.schattenbericht.de

- Berlin & bundesweit: www.apabiz.de
- Berlin & BBG: antifa-berlin.info/fight-back
- FFO: recherchegruppe.wordpress.com
- NRW: nrwrex.wordpress.com
- München: www.aida-archiv.de
- Österreich: www.stopptdierechten.at
- Antifa-Infoblatt: www.antifainfoblatt.de
- Der Rechte Rand: www.der-rechte-rand.de
- Lotta: projekte.free.de/lotta